

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Oskar Lafontaine zum Sozialraum Europa: Soziales und ökologisches Dumping verhindern.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB zum endgültigen Aus der WAA Wackersdorf: Bayerische Regierung hat keinen Anlaß zum Triumph.

Seite 3

Hans Büchler MdB zur Notwendigkeit einer Öffnungspolitik der DDR: Zeitungen zwischen Partnerstädten austauschen.

Seite 4

Dokumentation:

Die FDP hat sich in ihrem Wahlwerbebrief an Rechtsanwälte und andere Selbständige als „Verteidigerin“ der Bürgerrechte dargestellt. Der Schwandorfer SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer schrieb dem FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff einen Brief. Wortlaut

Seite 6

44. Jahrgang / 106

7. Juni 1989

Europa muß ein einheitlicher Sozialraum werden

Ein soziales und ökologisches Dumping muß verhindert werden

Von Oskar Lafontaine

Saarländischer Ministerpräsident und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Die Idee der Nation, soweit sie zur Identitätsbestimmung gehört, kann sehr gut auch ohne jene administrativen und politischen Einschränkungen, die wir Grenzen nennen und die Europa noch immer in Nationalstaaten teilen, überleben. Wir würden also nicht viel dabei verlieren, die Kategorie des Nationalstaats nach und nach aufzugeben. Andererseits haben wir alles zu gewinnen: Über die nationale Identität hinweg haben wir eine europäische Kultur zu gewinnen, die sehr viel reicher ist, als es die eines einzelnen Staats sein kann; unterhalb der Idee des Nationalstaats haben wir eine regionale Identität zurückzugewinnen, die sehr viel intimer und sehr viel älter ist. Nicht das Europa der Vaterländer, das Europa der Regionen strebe ich an. Denn allein ein Europa der Regionen wird in der Lage sein, einen Großteil der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme wenn nicht zu lösen, so doch zu mildern. Immer weniger stellen sich diese Probleme auf einer nationalen Ebene: entweder sind sie auf einen regionalen Rahmen beschränkt, oder sie sind transnational. In beiden Fällen entspricht der politische Wirkungs- und Legitimationsraum, der noch immer nationalstaatlich ist, nicht dem geographischen Wirkungsraum der Probleme, der regional oder global ist. Dies ist nicht dazu angetan, Lösungen zu erleichtern.

Solange die Schadstoffe vor den Grenzen nicht halt machen, kann keine nationale Regierung hoffen, aus eigener Souveränität die ökologischen Probleme zu lösen. Ist das kein zwingender Grund, den europäischen Einigungsprozeß zu beschleunigen? Die deutschen Sozialdemokraten diskutieren zur Zeit die Anträge für ein neues Grundgesetzprogramm. Schon jetzt läßt sich mit Sicherheit sagen, daß die ökologischen Fragen einen zentralen Platz in diesem Programm einnehmen werden. Gerade das Fehlen jeder ökologischen Überlegung war einer der Hauptgründe, die uns bewogen haben, das Godesberger Programm zu revidieren. Mit Erleichterung stelle ich fest, daß sich auch die anderen sozialistischen Parteien Europas - ob in Spanien, in Frankreich oder sonstwo - der Bedeutung der ökologischen Frage

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtung Umwelt
mit demoltra-Rezeptoffen
zu regeln-Praxis



bewußt werden. Es versteht sich von selbst, daß durch diese neue Übereinstimmung die Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten innerhalb der europäischen Institutionen wirksamer werden wird - eine Zusammenarbeit, die ohnehin gut funktioniert. Um so größer unsere Übereinstimmung, um so enger unsere Zusammenarbeit, um so größer unsere Chancen, einen ökologischen Dumping auf dem europäischen Binnenmarkt verhindern zu können. Deshalb sollten die europäischen Sozialisten eine gemeinsame Politik formulieren, die in der Lage ist, die nationalen und egoistischen Interessen zu überwinden. Und das jeweils Beste aus den verschiedenen nationalen Politiken sollten wir zur Grundlage dieser gemeinsamen Politik machen.

Ich weiß, daß es leichter ist, eine gemeinsame Politik zu verlangen als sie zu realisieren. Entgegen ihren internationalistischen Bestrebungen waren die sozialistischen Parteien gezwungen, politische Antworten auf die von Land zu Land verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen zu geben. Was Wunder also, daß auch die Antworten verschieden ausfallen. Die Energiepolitik ist dafür ein gutes Beispiel: Die Mehrheit der französischen Sozialisten hat sich mit der Atomenergie ausgesöhnt; die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten steht fest zur Kohle. Ein Kompromiß zwischen den beiden Positionen scheint nicht möglich. Zumindestens aber dürfen wir, Anhänger der Kohle, von den anderen erwarten, daß sie unsere energiepolitische Option nicht benachteiligen, daß sie nicht auf dem europäischen Altar geopfert wird.

Was meiner Ansicht nach für den Umweltschutz gilt, möchte ich für die Energiepolitik wiederholen: Keine nationale Regierung ist aus eigener Kraft dazu in der Lage, die komplizierten Probleme zu lösen, die sich fortan aus der Energieversorgung einer Industriegesellschaft ergeben. Und dasselbe wiederhole ich noch einmal für die Wirtschaftspolitik, für die Massenarbeitslosigkeit und für die Ausländerproblematik.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten haben lange gezögert, bevor sie sich in das europäische Abenteuer stürzten: diese Zurückhaltung schien gerechtfertigt durch die Tatsache, daß es vor allem das Kapital war, welches Vorteile aus dem Aufbau Europas zog. Doch eine solche Einschätzung, so verständlich sie sein mag, war ein fataler politischer Fehler. Letztendlich hat dieses Mißtrauen nur denjenigen geholfen, denen es galt. Während die Sozialisten den Internationalismus auf den Lippen trugen, hat das Kapital ihn praktiziert und sich fest auf internationalen Gründen verankert. Im ganzen wird der Binnenmarkt in Europa nur das sanktionieren, was schon lange vollendete Tatsache ist. Da wir nun einmal Ja zu dem Binnenmarkt gesagt haben - und dazu hat Jacques Delors, ein Sozialist, erheblich beigetragen - können wir nicht mehr anders als auch zu der politischen Vereinigung Europas Ja zu sagen und den Einigungsprozeß zu beschleunigen. Denn wir hätten ja gerne, daß aus Europa mehr wird als ein einfacher Markt, wir würden gerne daraus einen sozialen Raum machen. Dazu aber ist es erforderlich, daß das politische Entscheidungsfeld mit dem wirtschaftlichen Handlungsfeld übereinstimmt. Wäre denn eine sozialistische Politik in Europa denkbar, die nicht zugleich auch europäische Wirtschaftspolitik wäre? Wäre eine europäische Wirtschaftspolitik denkbar, die keine politische Legitimation auf europäischer Ebene hätte? Ich glaube kaum. Während das wirtschaftliche Wirkungsfeld schon längst international ist, ist das Entscheidungsfeld der Wirtschaftspolitik an nationalen Institutionen hängengeblieben. Deshalb verliert die Wirtschaftspolitik kontinuierlich an Wirkung. Und dieser armen Politik wird nichts anderes übrigbleiben, als hinter der Wirtschaft her zu laufen, ohne sie je einzuholen - es sei denn, sie erhielte die gleichen Chancen, das heißt eine transnationale Organisation. Wie sollten wir denn einen europäischen Sozialraum, der unser sozialistisches Ideal von Freiheit und Demokratie widerspiegelt, errichten können, wenn wir keine wirksamen politischen Mittel hätten, um die wirtschaftlichen Entwicklungen zu kontrollieren? Je einiger sich die sozialistischen Parteien beim Aufbau des politischen Europas sind, desto weniger riskieren wir ein soziales oder ökologisches Dumping auf dem Binnenmarkt. (-/7.6.1989/vo-he/rs)

Bayerische Regierung hat keinen Anlaß zum Triumph

Zum endgültigen Aus der WAA Wackersdorf

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der Bayerischen SPD und

Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der bayerische Ministerpräsident Streibl und sein Kabinett haben keinerlei Anlaß, sich jetzt als Supermänner zur Rettung der Oberpfalz feiern zu lassen.

CSU und Staatsregierung können nicht vergessen machen, daß sie die Verantwortung für die jahrelange politische und gesellschaftliche Spaltung der Oberpfalz tragen. Nicht bessere Einsicht haben die CSU zu dem Ende dieses Wahnsinnsprojekt gebracht, vielmehr mußte sie sich dem kühlen Rechenstift der Energieversorgungsunternehmen beugen.

Ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung, mit beispielloser Ignoranz gegenüber allen ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Mahnungen und Warnungen, hat sich die Staatsregierung acht Jahre lang von der E-Wirtschaft wie ein Tanzbär am Nasenring vorführen lassen.

Es gehört schon eine gehörige Dreistigkeit dazu, die zwangsweise Aufgabe einer solchen Betonpolitik als Erfolg auszugeben, das Mindeste, was wir vom Ministerpräsidenten und vor allem auch vom Wirtschafts- und Umweltminister verlangen, ist eine förmliche Entschuldigung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Oberpfalz.

Nicht zuletzt durch den jahrelangen Widerstand der Oberpfälzer sind nun die Betonköpfe weichgeklopft worden. Nicht zu akzeptieren ist, daß die bayerische Staatsregierung nun so tut, als ob sie das WAA-Projekt von Anfang an widerwillig verfolgt habe. In reifen Demokratien muß eine Regierung, die 2,6 Milliarden Mark in den Sand setzt und sechs Millionen Polizei-Mann-Stunden für ein Projekt investiert, auch noch die Größe zur politischen Resignation haben.

(-/7.6.1989/vo-he/rs)

Glasnost für die DDR

Plädoyer für einen Zeitungsaustausch zwischen Partnerstädten

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Der schwedische Sozialdemokrat Hanson hat 1983 in Ost-Berlin, und dies war am 15. April 1983 auch tatsächlich im „Neuen Deutschland“ zu lesen, über marxistische Pressepolitik gesprochen und dazu Karl Marx zitiert. Marx, so Hanson, habe die zensierte Presse als „charakterloses Unwesen der Unfreiheit, ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Mißgeburt“ gegeißelt. Die freie Presse habe Marx dagegen als „das überall offene Auge des Volksgeistes“ bezeichnet und als „das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst, das sprechende Band, das den Einzelnen mit dem Staat und der Welt verknüpft“. Er habe gesagt: „Sie ist der geistige Spiegel, in dem ein Volk sich erblickt, und Selbstbeschauung ist die erste Bedingung der Weisheit.“

Daß dies alles im „Neuen Deutschland“ zu lesen gewesen ist, führt mich zu meiner ersten These:

In der DDR-Presse hat zumindest das „Neue Deutschland“ außenpolitische Funktionen.

Es soll belegen, daß die DDR nach der internationalen Anerkennung auch in der Lage ist, mit offiziellen Gästen aus anderen Staaten den internationalen Gepflogenheiten entsprechend zu verfahren. In diesem Bestreben geht sie so weit, daß sie auch Aussagen wiedergibt, die normalerweise in den DDR-Medien unterdrückt werden.

Politisch ist es deshalb wichtig, daß bei offiziellen Besuchen von Politikern in Ost-Berlin die gemeinsamen Presseerkklärungen auch Botschaften enthalten, die wir als Bundesrepublik der DDR-Bevölkerung übermitteln wollen. Das gilt besonders bei Gesprächen mit Erich Honecker, denn sie werden fast immer vollständig im „Neuen Deutschland“ abgedruckt. Diese Inhalte geraten dann auch in jenes „Tal der Ahnungslosen“, in dem die DDR-Bürger politische Nachrichten aus ARD und ZDF nicht empfangen können.

Dazu einige weitere Thesen:

1. Im Widerspruch zu dieser außenpolitischen Transparenz (Glasnost) steht innenpolitisch eine Reihe von Verboten: das faktische Verbot des „Sputnik“, der durchaus pluralistisch genannt werden muß. Zeitnah mit der Weigerung der DDR-Post, diese Zeitschrift an die Abonnenten auszuliefern, erfolgte die Herausnahme einiger sowjetischer Filme aus dem staatlichen Filmverleih (faktisches Verbot).

Ebenfalls zeitnah mit diesen beiden Vorgängen erfolgte erstmals seit der Modus vivendi-Regelung zwischen Honecker und Bischof Schönherr von 1978 über das Verhältnis von Staat und Kirche eine umfangreiche Zensur von Kirchenzeitungen.

Eine weitere Maßnahme aus der jüngsten Zeit ist die eigentümliche Übersetzung des KSZE-Dokuments von Wien. In der DDR wurde die in Wien vereinbarte Überprüfung des Mindestumtausches als etwas dargestellt, das lediglich „in Erwägung zu ziehen“ sei. (Das sind nur Beispiele)

Also: In der Regel dienen die DDR-Medien der Verhinderung von Glasnost.

2. Obwohl vielen Repräsentanten der DDR - jedenfalls im persönlichen Gespräch - der mangelhafte Zustand ihrer Medien bewußt ist, freut man sich genauso wie hierzulande, wenn man sich selbst und seine Aktivitäten in den Medien gewürdigt sieht.

In dieser Funktion sind die DDR-Medien durchaus mit unseren vergleichbar, insbesondere mit unserer Lokalpresse.

3. Es ist bekannt, daß diejenigen in der DDR, die das „Neue Deutschland“ lesen, dies sehr aufmerksam tun. Kritische Äußerungen werden in dem umständlichen Stil dieser Zeitung förmlich „versteckt“. Aufmachung, Placierung, Häufigkeit der Wiederholung von Bildern und Botschaften, haben eine Funktion, die Richtung weisen. Die meistgelesene Zeitung in der DDR, die „Junge Welt“, hat eine andere Funktion. Hier sind Nachrichten sehr viel besser, kürzer, leichter verständlich aufbereitet. Die unkritische Linie ist auch hier vorhanden.

4. Interessant ist die Entwicklung in den Lokalzeitungen. Mit wirklichen „Leserbriefen“ meldet sich die Bevölkerung mit Wünschen und Meinungen immer mehr zu Wort. (Kritisch und oft kontra Rat beziehungsweise SED)

Das gilt aber nur für die Lokalpolitik.

5. Schwer nachvollziehbar ist hingegen der Umstand, daß die zentrale Lenkung der DDR-Medien unverdrossen beibehalten wird, obwohl die Menschen den Vergleich mit Nachrichten aus dem Westen zur Verfügung haben. So werden die Mängel, die meist bewußten „weißen Flecken“ in der DDR-Berichterstattung erst offensichtlich. Das beeinträchtigt die gesamte Glaubwürdigkeit aller DDR-Medien.

Die DDR-Medien haben eine Art entwickelt, mit diesem Umstand - mit der Frage der Glaubwürdigkeit - umzugehen:

Sehr häufig werden dort Meldungen aus dem Westen zurückgewiesen. Ein ganz kleines bißchen, könnte man sagen, wird hier eine Art von Dialog geprobt.

6. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild von den Funktionen der DDR-Medien:

- a) Sie sind das Sprachrohr der politischen Führung. Insbesondere das „Neue Deutschland“ gibt den Funktionären die Richtlinien für ihre öffentlichen Äußerungen.
- b) Die Medien sagen den DDR-Bürgern, was erlaubt ist, und was nicht. Aber dies gilt mit Einschränkungen. Als vor einigen Jahren die damals sehr starke sogenannte Ausreisewelle zum Stillstand gebracht werden sollte, schrieb man das nicht in die Zeitungen.

Man hielt einige Antragsteller auf der Polizei oder in Gefängnissen fest und konnte sich sicher sein, es würde sich herumsprechen.

- c) Die Bezirks- und Kreiszeitungen übernehmen Funktionen, die mit unserer Lokalpresse vergleichbar sind.
- d) Die Medien insgesamt dienen der Agitation und der Propaganda. Sie sind ein bereiteter Ausdruck des Selbstverständnisses des SED-Regimes als einer „Erziehungsdiktatur“.

Nicht vergessen darf ich die eingangs erwähnte außenpolitische Funktion insbesondere des „Neuen Deutschland“.

Wenn die DDR es schon aushalten muß, daß eine wirksame Korrektur zu ihren eigenen Medien in Form der westdeutschen Fernsehprogramme existiert, was spricht dann noch gegen die Einfuhr westdeutscher Zeitungen - und damit meine ich nicht die „UZ“.

Vielleicht sollte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger seine Initiative

- Zeitungsaustausch für Partnerstädte,
- Zeitungsmithnahme bei Reisen in die DDR,
- Austausch von Zeitungen im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs,

noch anreichern durch Vorschläge, die den Menschen in der DDR einen niedrigeren Bezugspreis garantieren und dem Staat keine Devisen kosten oder den Vorschlag, in den Partnerstädten zumindest die Zeitung gegenseitig in den Schaukästen auszuhängen. Der Hofcr OB Dieter Döhla hat dies wenigstens mit der Partnerstadt Plauen vor. Vereine könnten Partnerschaften für weitere Schaukästen in der jeweiligen Stadt übernehmen.

Noch besser wäre eine freie DDR-Presse im eingangs zitierten Sinne, sie wäre die Garantie dafür, daß auch unsere Zeitungen überall in der DDR verfügbar sein würden.

Die DDR muß ihre Zusagen einhalten.

Es sind die Zusagen, die sie

- im Grundlagenvertrag (besonders Artikel 7) gemacht hat,
- in der KSZE-Schlußakte,
- und beim Honecker-Besuch im Jahre 1987 in Bonn.

Dies sind vertragliche Zusagen an die Bundesrepublik oder internationale Zusagen. Sie sind einzufordern.

(-/7.6.1989/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Dietmar Zierer MdL an Graf Lambsdorff: Die FDP und Wackersdorf

Die FDP hat sich in ihrem Wahlwerbebrief an Rechtsanwälte und andere Selbständige als „Verteidigerin“ der Bürgerrechte dargestellt. Der Schwandorfer SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer schrieb dem FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff daraufhin den folgenden Brief.

„Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender Dr. Graf Lambsdorff,

ich bestätige dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 3. Mai 1989, das Sie - gemeinsam mit Herrn Rüdiger von Wechmar - persönlich unterzeichnet haben.

Offenbar haben Sie - ohne nähere Erkundigungen einzuziehen - über eine entsprechende Firma die Adressen von Rechtsanwälten und anderen Selbständigen eingekauft.

Soviel Verständnis ich dafür habe, daß Sie und Herr Rüdiger von Wechmar auch bei Selbständigen dafür werben wollen, am 18. Juni 1989 bei der Europawahl gewählt zu werden, so wenig kann ich Ihre Argumente unterstützen. Die FDP steht für mich weniger für eine bestimmte, klar erkennbare Politik, sondern mehr für eine Umfallerpartei und ein Zünglein an der Waage, das in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik einen unverhältnismäßigen und übertriebenen Einfluß nehmen konnte, der in keinem Verhältnis zum politischen Gewicht der FDP steht.

Wenn Sie ausgerechnet behaupten, die FDP stehe für den Schutz der Bürgerrechte, so darf ich die Gegenfrage stellen, wo denn die FDP gewesen ist, als wir im Landkreis Schwandorf seit über acht Jahren den Abbau von Freiheits- und Bürgerrechten rund um die WAA herum erleben mußten. Die FDP hat uns hier schmachlich allein gelassen. Sie selbst, Herr Graf Lambsdorff, haben sich bis vor wenigen Tagen immer noch für den Erhalt der WAA Wackersdorf ausgesprochen. Die FDP hat von Anfang an diese unselige Wiederaufarbeitungsanlage gestützt, ja sogar gefordert. Jetzt stehen Sie auch in diesem Landkreis Schwandorf vor dem Scherbenhaufen Ihrer Politik.

Ich bitte deshalb um Verständnis, daß ich - selbstverständlich auch in meiner Eigenschaft als direkt gewählter und für den Stimmkreis zuständiger Landtagsabgeordneter und stellvertretender Landrat des Landkreises Schwandorf - alles tun werde, um ein gutes Abschneiden der FDP sowohl bei den Europawahlen als auch bei den darauffolgenden Kommunal-, Bezirkstags-, Landtags- und Bundestagswahlen zu verhindern.

Nichtsdestoweniger mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dietmar Zierer
Rechtsanwalt“

(-/7.6.1989/vo-he/rs)